

insbesondere in den Auseinandersetzungen um das Zentralabitur zum Ausdruck kam, provozierten eine Spannung zur saarländischen Öffentlichkeit und der Lehrerschaft, die angesichts der zwischen Deutschland und Frankreich sensibel werdenden Saarfrage von einem erfahrenen Politiker wie Hoffmann rechtzeitig erkannt und entschärft wurde. Hoffmann ließ Straus im Jahre 1951 fallen, weil er eine Politisierung der Schule fürchtete, die seine Stellung und damit auch seine Zielsetzungen hätten gefährden können. Zutage tritt hier eine unterschiedliche Orientierung in der saarländischen Politik, die ihre Wurzeln in der nie eindeutig definierten Stellung der Saar als Protektorat oder teilautonomen Staat hatte und sich hier in dem Gegensatz des Kultusministers Straus zu dem Regionalisten Hoffmann als Konflikt widerspiegelte.

In der Folge hat Hoffmann die Spannungen um die Schule aber nicht in der Schule auflösen können, er erreichte dieses bescheidene Ziel auch nur um den Preis einer Erstarrung der Bildungspolitik zur verwaltungsmäßigen Routine. Es war im Grunde ein repressiver Weg, der die Politisierung nicht verhindern konnte, in die auch die Schule im Zuge der 1951 einsetzenden politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Saarlandes hineingezogen wurde. So führte die Zurückhaltung der Hoffmannregierung in der Reform der Volksschullehrerbildung und des französischen Sprachunterrichts im Bereich der Volksschule zu einer ständig wachsenden Entfremdung und förderte gleichzeitig die Rückbesinnung der Lehrerschaft auf die Zugehörigkeit zu Deutschland, die bald in eine erklärte Opposition der Lehrerschaft gegen die bestehende Situation der Separation einmündete. Der Versuch der Regierung, die Lehrerschaft politisch zu disziplinieren, diskreditierte die öffentliche Gewalt vollends. Die europäische Perspektive der Regierung, die auch in der Schule wirksam werden sollte, wurde dadurch erheblich geschwächt.

Eine der großen Leistungen saarländischer Bildungspolitik in den Jahren 1945 bis 1955 war die Gründung und der Aufbau der Saaruniversität. Ein mit französischer Hilfe geschaffener Finanzrahmen, starker staatlicher Einfluß, die aber dennoch für eine funktionierende akademische Bildungsanstalt brauchbare Verfassung, erfahrene Hochschullehrer im Rektorat und in den Universitätsorganen sowie eine anspruchsvolle Personalpolitik sicherten eine positive Entwicklung ebenso wie ein beeindruckendes Bauprogramm und die äußerst günstigen materiellen Studienbedingungen der neuen Hochschule. Die in dieser Arbeit immer wieder aufgeworfene Frage nach der Instrumentalisierung der Bildungspolitik durch das politische Ziel der Eigenstaatlichkeit wird im Blick auf die Universität besonders deutlich. Spürbar wurde sie aber auch im Zusammenhang mit den Fachhochschulen und dem eingeführten Zentralabitur. Die Annahme jedoch, die Saaruniversität sei eine Institution im Dienst einer versteckten Romanisierungspolitik gewesen, ist nicht gerechtfertigt. Freilich ist sie ihrem eigenen Anspruch, eine europaoffene Hochschule zu sein, nur ansatzweise gerecht geworden. Schon in den Jahren vor 1955 war die Saaruniversität in Wirklichkeit eine Landesuniversität. Die zum Teil mit viel Idealismus gesuchte Begegnung der deutschen mit der französischen Kultur- und Geisteswelt war noch zu sehr nationalen Interessen ausgesetzt, als daß sie ein schwungvoller und glaubwürdiger Ausgangspunkt für eine europäische Universität hätte sein können. Ein Wirken in diesem Sinne hätte zudem eine „kräftigere“ europäische Struktur des Lehrkörpers und der Studentenschaft erfordert. Als selbst geschaffenes und kaum überwindbares Hindernis erwies sich das Staatsprüfungsrecht. So wurden z. B. die an der Saaruniversität ab-